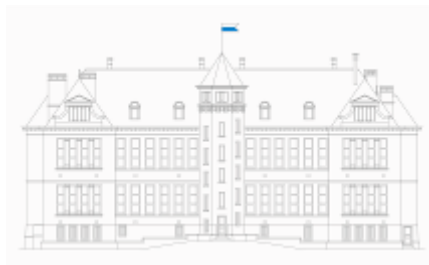


EUROPABERICHT



**Vertretung des Freistaates Bayern
bei der Europäischen Union
in Brüssel**



Inhaltsverzeichnis

Politische Schwerpunkte und Europäisches Parlament.....	5
Differenzen überwiegen erneut beim EU-Russland-Gipfel.....	5
Aufhebung des Waffenembargos gegen Syrien führt zu Kritik.....	5
Staatsministerium des Innern	6
Innere Sicherheit.....	6
Einigung zur Änderung des Schengen-Regimes	6
Asyl und Migration	6
EuGH urteilt zur Frage der Pflicht zur Haftentlassung eines Abschiebehäftlings nach Stellung eines Asylantrags	6
Europäischer Bürgerbeauftragter stellt Jahresbericht 2012 vor	7
Feuerwehren, Rettungsdienst, Katastrophenschutz	7
THW lädt zu parlamentarischen Abend in die Bayerische Vertretung	7
Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz.....	8
Anhörung des designierten kroatischen Verbraucherschutzkommissars <i>Neven Mimica</i>	8
Schweden muss wegen verspäteter Umsetzung der RL über Vorratsdatenspeicherung Millionen-Strafe zahlen	8
Vorzeitig veröffentlichter Bericht der Venedig-Kommission kritisiert ungarische Verfassungsänderungen	9
Kommission kündigt Massnahmenpaket an zur Abschaffung der Roaming-Gebühren und zu besseren Bedingungen für Internetkunden	9
Vorschlag für Neufassung der Kulturgüterrückgabe-Richtlinie vorgelegt.....	10
Staatsministerium der Finanzen	11
Länderspezifische Empfehlungen 2013	11
Vorschläge der Kommission zur weiteren Vorgehensweise in den Defizitverfahren	11
Gemeinsame Vorschläge von Deutschland und Frankreich zur weiteren Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion.....	12
Euro-Beitritt Lettlands – Kommission und EZB legen Konvergenzberichte vor	12
Hochwasser 2013 – Hilfen aus dem Europäischen Solidaritätsfonds.....	13
Kommission kündigt an, in geplanter Pensionsfondsrichtlinie keine Anforderungen zur Solvabilität aufzunehmen.....	13
Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie	13
Wirtschaft mit Binnenmarkt und Industrie	13
Länderspezifische Empfehlungen 2013	13
Ergebnisse des Rates für Wettbewerbsfähigkeit im Bereich Wirtschaft und Binnenmarkt	14



Rat erzielt allgemeine Ausrichtung bei Ermächtigungsverordnung und Verfahrensverordnung im Beihilfenrecht	15
Aussenwirtschaft.....	15
Kommission verhängt vorläufige Schutzzölle im Antidumpingverfahren gegen China bei Import von Solarpaneelen.....	15
Verkehr	16
Trilogeinigung über Transeuropäische Netze im Verkehrsbereich	16
Kommission genehmigt Beihilfen für Infrastrukturinvestitionen am Flughafen Memmingen.....	16
Technologie und Innovation	16
Kommission stellt Verordnungsvorschlag für das europäische Satelliten-Erdbeobachtungsprogramm „COPERNICUS“ vor	16
Ergebnisse des Wettbewerbsfähigkeitsrates im Bereich Forschung, Innovation und Technologie	17
Sonstiges	17
Kommission stellt Jahresbericht zur Wettbewerbspolitik 2012 vor.....	17
Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	18
Informeller Agrarrat vom 26. - 28.05.2013 in Dublin	18
Kommission beschliesst Teilverbot von drei Neonicotinoid-Insektiziden	18
Bienengesundheit: EFSA warnt vor mit Fipronil behandeltem Maissaatgut	19
Kommissionsbericht: Agrarexporte der EU auf Rekordniveau	19
AdR fordert Aufrechterhaltung von Marktregulierungsinstrumenten im Milchsektor	20
Hochwasser 2013 - Hilfen aus dem Europäischen Solidaritätsfonds.....	20
Kommission: Strengere Regeln für die Fleischbeschau.....	20
Staatsministerium für Arbeit, Sozialordnung, Familie und Frauen	21
Länderspezifische Empfehlungen 2013 aus beschäftigungs- und sozialpolitischer Sicht	21
Kommission kündigt an, in geplante Pensionsfondsrichtlinie keine Anforderungen zur Solvabilität aufzunehmen	22
Eurostat veröffentlicht Arbeitslosenzahlen für April 2013.....	22
Bericht der Kommission zu Kinderbetreuungsdiensten in den Mitgliedstaaten	22
Studie zum „Gender Pension Gap“	22
Kommission leitet öffentliche Konsultation zu Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz ein ...	23
Gewinner des Wettbewerbs für soziale Innovation 2013 in Brüssel gekürt	23
Anhörung des designierten kroatischen Verbraucherschutzkommissars <i>Neven Mimica</i>	23
Staatsministerium für Unterricht und Kultus.....	24
Länderspezifische Empfehlungen 2013: Nachholbedarf beim Ausbau von Ganztagschulen und beim Bildungserfolg Benachteiligter	24
Kommission veröffentlicht Machbarkeitsstudie zur Langzeitmobilität von Lehrkräften an Schulen	25
Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst.....	25



Wettbewerbsfähigkeitsrat am 29./30.05.2013: Wesentliche Ergebnisse aus Sicht des StMWFK	25
Länderspezifische Empfehlungen 2013: Nachholbedarf bei Ausgabeneffizienz und lebenslangem Lernen	26
Vorschlag für Neufassung der Kulturgüterrückgabe-Richtlinie vorgelegt.....	26
Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit	27
Saubere Luft für alle – Motto der Grünen Woche 2013 in Brüssel.....	27
Umwelt und Wirtschaft – Kommission startet Konsultation zu Abfall und Recyclingzielen	27
Abendveranstaltung zum Thema Antibiotikaresistenz mit Staatsminister <i>Dr. Marcel Huber</i>	27
Anhörung des designierten kroatischen Verbraucherschutzkommissars <i>Neven Mimica</i>	28
Neuausrichtung bei klinischen Prüfungen mit Humanarzneimitteln	28
Verordnung über die Verbringung von Heimtieren verabschiedet	28
Kommission: Strengere Regeln für die Fleischbeschau.....	28
IuK- und Medienpolitik	29
EU-Kommission: Pläne zur Abschaffung der Roaming-Gebühren	29
Kommissionsvizepräsidentin Kroes stellt dem EP Grundelemente ihrer Strategie zum offenen Internet und zur Netzneutralität vor.....	29
EP: Initiativbericht von Petra Kammerevert zu Connected TV angenommen.....	30
EP fordert bessere Umsetzung der AVMD-Richtlinie	30
EP: Binnenmarktausschuss stärkt Europäische Cloud-Computing-Strategie.....	30
Unternehmenschefs berichten Kommissarin <i>Kroes</i> über Anstrengungen zur Schaffung eines besseren Internets für Kinder	31
OSZE veröffentlicht Leitlinien für soziale Medien.....	31
Europäischen Audiovisuellen Informationsstelle veröffentlicht Daten zu Bestand und Wachstum von Fernsehkanälen für Kinder in Europa.....	31



POLITISCHE SCHWERPUNKTE UND EUROPÄISCHES PARLAMENT

DIFFERENZEN ÜBERWIEGEN ERNEUT BEIM EU-RUSSLAND-GIPFEL

Am 03./04.06.2013 fand in Jekaterinburg der 31. EU-Russland Gipfel statt. Dazu empfing der russische Präsident *Putin* die vom Präsidenten des Europäischen Rats (ER) *Van Rompuy* und Kommissionspräsident *Barroso* angeführte EU-Delegation, der auch die Hohe Vertreterin *Ashton* und Energiekommissar *Oettinger* angehörten. Das Treffen wurde, wie der letzte Gipfel im Dezember 2012 (EB 01/13), von Meinungsverschiedenheiten über die Politik gegenüber Syrien, die Energiepolitik, die Sicherheits- und Visapolitik sowie in Handelsfragen überschattet. Das einzige greifbare Ergebnis war die Unterzeichnung ein Kooperationsabkommen zur Überwachung von Drogenausgangstoffen. Zufrieden zeigten sich beide Seiten über Rekordzahlen beim Handel EU-Russland.

Hintergrundinformationen zum Gipfel:

http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-13-485_en.htm

Stellungnahme Präsident *Barroso*:

http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-13-502_en.htm

Stellungnahme Präsident *Van Rompuy*:

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/en/ec/137386.pdf

Daten zum Handel zwischen der EU und Russland:

http://europa.eu/rapid/press-release_STAT-13-83_de.htm

AUFHEBUNG DES WAFFENEMBARGOS GEGEN SYRIEN FÜHRT ZU KRITIK

Der Rat für Auswärtige Angelegenheiten (RfAA) hat am 28.05.2013 die geltenden Sanktionen der EU gegen Syrien um ein Jahr verlängert. Wichtigste Veränderung ist, dass seit 01.06.2013 kein Waffenembargo mehr gilt, weil sich Frankreich und das Vereinigte Königreich der Verlängerung widersetzten. Vereinbart wurde, dass Waffenlieferungen allenfalls an die oppositionellen Kräfte gerichtet werden können. Außerdem sollen nach jetzigem Stand vor dem 01.08.2013 keine Waffenlieferungen durchgeführt werden. Damit soll die noch für Juni geplante, von den USA und Russland initiierte Syrienkonferenz in Genf unterstützt werden. Die fehlende Einigkeit der EU-Staaten in der Frage des Umgangs mit Syrien führte zu breiter Kritik in den Mitgliedstaaten und im EP.

NEUE HESSISCHE LANDESVERTRETUNG IN BRÜSSEL ERÖFFNET

Der hessische Ministerpräsident *Bouffier* hat am 05.06.2013 die neue Hessische Landesvertretung in Brüssel eröffnet. Gemeinsam mit den Regierungschefs der Regionen Aquitaine (Frankreich), Emilia-Romagna (Italien) und Wielkopolska (Polen), mit denen Hessen in dem unweit des EP gelegenen, achtstöckigen Gebäude ein Mehr-Regionen-Haus eingerichtet hat, konnte *Bouffier* unter ca. 1000 geladenen Gästen auch



Kommissionspräsident *Barroso* begrüßen. Dieser würdigte in seiner Rede den europäischen Ansatz der Zusammenarbeit von vier Regionen aus verschiedenen Mitgliedstaaten unter einem Dach. In dem für eine Jahresmiete von 2,9 Mio. € für dreißig Jahre angemieteten Gebäude werden künftig u.a. 27 Bedienstete des Landes Hessen arbeiten.

<https://www.hessen.de/presse/pressemitteilung/ministerpraesident-volker-bouffier-und-europaminister-joerg-uwe-hahn-1>

STAATSMINISTERIUM DES INNERN

INNERE SICHERHEIT

EINIGUNG ZUR ÄNDERUNG DES SCHENGEN-REGIMES

EP, Rat und Kommission haben am 29.05.2013 im Rahmen ihrer Trilogverhandlungen eine Einigung zur sog. Schengen-Governance erzielt. Damit kann das Gesetzgebungsverfahren zur Änderung des Schengener Grenzkodex (Verordnung EG/562/2006) sowie zum Erlass einer Verordnung zur Errichtung eines Evaluierungs- und Monitoringmechanismus zur Überprüfung der Anwendung des Schengen-Acquis abgeschlossen werden. Nach den nun vereinbarten Textfassungen, soll es bei der Evaluierungsverordnung weiterhin bei der vom Rat gewählten Rechtsgrundlage bleiben mit der Folge, dass die Verordnung und mögliche Änderungen nicht im Mitentscheidungsverfahren beschlossen wird, sondern durch den Rat alleine nach Konsultation des EP. Das bisherige System des „Peer-Review“ wird in ein „europäisches“ System mit der Kommission als Kontrollinstanz überführt. Die wesentliche Änderung beim Schengener Grenzkodex betrifft die Möglichkeit zur zeitweisen Wiedereinführung von Grenzkontrollen an den Binnengrenzen, die nun – nach einem strengen Verfahren – auch bei schwerwiegenden Defizite bei der Sicherung der EU-Außengrenzen durch einen Mitgliedstaat möglich ist.

Der Rat hat die Kompromisstexte in der Ratssitzung der Innenminister am 07.06.2013 bereits förmlich angenommen. Das EP wird vss. in seiner Plenarsitzung vom 10.-13.06.2013 über die Texte abstimmen.

ASYL UND MIGRATION

EUGH URTEILT ZUR FRAGE DER PFLICHT ZUR HAFTENTLASSUNG EINES ABSCHIEBEHÄFTLINGS NACH STELLUNG EINES ASYLANTRAGS

Der EuGH hat am 30.05.2013 im Rahmen eines Vorabentscheidungsverfahrens (Rs. C-534/11) entschieden, dass ein illegal eingereister Drittstaatsangehöriger, der in Abschiebehäft genommen wurde, nicht zwangsläufig aus der Haft zu entlassen ist, nachdem er einen Asylantrag gestellt hat. Vielmehr kann ein Asylbewerber nach nationalem Recht im Hinblick auf seine Abschiebung wegen illegalen Aufenthalts in Haft behalten werden, wenn der Asylantrag einzig und allein zu dem Zweck gestellt wurde, den Vollzug der Rückführungsentscheidung zu verzögern oder zu gefährden. Allein der Umstand, dass der Betroffene nach



einer Rückführungsentscheidung und der Inhaftierung einen Asylantrag stellt, lässt allerdings noch nicht die Vermutung zu, dass er diesen Antrag ausschließlich zu dem Zweck gestellt hat, den Vollzug der Rückführungsentscheidung zu verzögern oder zu gefährden.

Urteil des EuGH:

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=137831&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=454539>

Schlussanträge des Generalanwalts:

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=133223&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=454539>

EUROPÄISCHER BÜRGERBEAUFTRAGTER STELLT JAHRESBERICHT 2012 VOR

Der Europäische Bürgerbeauftragte *Nikiforos Diamandouros*, der für die Bearbeitung von Bürgerbeschwerden über EU-Verwaltungsprobleme verantwortlich ist, verzeichnet in seinem Jahresbericht 2012 Rekordzahlen: Noch nie zuvor wurden so viele Untersuchungen eingeleitet (465) und abgeschlossen (390). Von den über 2.400 Beschwerden die eingingen, kamen die meisten aus Spanien, gefolgt von Deutschland, Polen und Belgien. Aus Belgien, Italien, Spanien und Deutschland kamen hingegen die meisten Beschwerden, die auch eröffnet wurden. Die Mehrheit der Untersuchungen betraf die KOM, gefolgt vom Europäischen Amt für Personalauswahl (17 %), allen EU-Agenturen (13 %) und dem EP (5 %).

Allgemeine Infobroschüre zum Europäischen Bürgerbeauftragten:

<http://www.ombudsman.europa.eu/de/atyourservice/whocanhelpyou.faces#/page/1>

Überblick 2012 des Europäischen Bürgerbeauftragten:

<http://www.ombudsman.europa.eu/de/activities/annualreports.faces>

FEUERWEHREN, RETTUNGSDIENST, KATASTROPHENSCHUTZ

THW LÄDT ZU PARLAMENTARISCHEN ABEND IN DIE BAYERISCHE VERTRETUNG

Die Spitzen der Bundesanstalt THW und der THW Bundesvereinigung haben am 28.05.2013 zu einem Parlamentarischen Abend zum Bevölkerungsschutz in die Bayerische Vertretung in Brüssel eingeladen. Themen des Gesprächs der THW-Vertreter mit Abgeordneten des EP waren insbesondere das laufende Gesetzgebungsverfahren zum Vorschlag der Kommission für einen EU-Katastrophenschutzmechanismus sowie die aktuellen Aufgabenschwerpunkte des THW, vor allem der derzeitige Einsatz in Jordanien zur Bewältigung der Flüchtlingsströme aus Syrien.



STAATSMINISTERIUM DER JUSTIZ UND FÜR VERBRAUCHERSCHUTZ

ANHÖRUNG DES DESIGNIERTEN KROATISCHEN VERBRAUCHERSCHUTZKOMMISSARS *NEVEN MIMICA*

Am 04.06.2013 hat sich der designierte Verbraucherschutzkommissar *Neven Mimica* einer Anhörung im EP gestellt. Bei einer gemeinsamen dreistündigen Sitzung der Ausschüsse für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (IMCO) sowie für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI) hatten die Abgeordneten die Gelegenheit, dem Kandidaten konkrete Fragen zu seinen politischen Einstellungen, seinem zukünftigen Portfolio und zu den möglichen Schwerpunkten seiner zukünftigen Tätigkeit in der Kommission zu stellen.

Das EP-Plenum wird sich, soweit keine weitere Befragung für erforderlich gehalten wird, am 12.06.2013 in Straßburg mit der Nominierung befassen und eine Stellungnahme abgeben, so dass der Rat voraussichtlich am 28.06.2013 über die Ernennung entscheiden kann. Das Mandat von *Neven Mimica* wird nur von recht kurzer Dauer sein, da sich die Amtszeit einer Kommission auf fünf Jahre beschränkt und die nächsten Europawahlen für Ende Mai 2014 angesetzt sind.

Das Amt des Kommissars für Verbraucherschutz war mit Blick auf den EU-Beitritt Kroatiens zum 01.07.2013 geschaffen worden, um der derzeit geltenden Regelung mit einem Kommissar pro Mitgliedstaat Rechnung zu tragen. Der derzeitige Kommissar für Gesundheit und Verbraucherschutz Tonio Borg wird diesen Teil seiner Zuständigkeit zu diesem Datum damit an den neuen Kommissar abgeben.

Der designierte Kommissar *Neven Mimica* gilt als versierter Diplomat und Ökonom und war seit 2011 als stellvertretender kroatischer Premierminister zuständig für die Themen, Innen- und Außenpolitik sowie EU-Angelegenheiten. Er soll neben Englisch auch Französisch und Deutsch sprechen.

SCHWEDEN MUSS WEGEN VERSPÄTETER UMSETZUNG DER RL ÜBER VORRATSDATENSPEICHERUNG MILLIONEN-STRAFE ZAHLEN

Während Deutschland noch auf einen Verhandlungstermin vor dem EuGH wartet, ist Schweden nun wegen verspäteter Umsetzung der Richtlinie 2006/24/EG vom 15.03.2006 über die Vorratsdatenspeicherung von Daten, die bei der Bereitstellung öffentlich zugänglicher Kommunikationsdienste oder öffentlicher Kommunikationsnetze erzeugt oder verarbeitet werden, zur Zahlung eines Pauschalbetrages in Höhe von 3 Mio. € verurteilt worden. Schweden hatte die Umsetzungsfrist bis zum 15.09.2007 nicht eingehalten und war bereits am 04.02.2010 vom EuGH (C-185/09) verurteilt worden. Dennoch ist die entsprechende Regelung in Schweden erst am 01.05.2012 in Kraft getreten.

Die Kommission hat auch gegen Deutschland ein Vertragsverletzungsverfahren wegen Nichtumsetzung der Richtlinie eingeleitet und Anfang 2012 Klage zum EuGH erhoben (EB 11/12). Anders als im Falle Schwedens hatte Deutschland ein Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie erlassen, das aber vom Bundesverfassungsgericht aufgehoben wurde. Angesichts des Urteils des EuGH gegen Schweden mahnte Bayerns Justizministerin *Beate Merk* noch einmal dringend zur Umsetzung der Richtlinie und verwies dabei



insbesondere auf die Bedeutung für die Verfolgung schwerster Straftaten: „Wir können es vor den Opfern nicht rechtfertigen, dass wir unseren Strafverfolgern dringend notwendige Instrumente wie den Zugriff auf gespeicherte Vorratsdaten weiter vorenthalten und es ihnen verwehren, mit den Tätern auf Augenhöhe zu bleiben.“ Gleichzeitig stellte sie noch einmal klar, dass die Vorratsdaten nicht etwa durch die Staatsanwaltschaft, sondern durch die Telekommunikationsunternehmen gespeichert werden. Den Strafverfolgungsbehörden soll nur dann darauf Zugriff gegeben werden dürfen, wenn der Verdacht erheblicher Straftaten im Raum stehe und der Zugriff durch richterlichen Beschluss gestattet werde.

Pressemeldung des EuGH zum Urteil vom 30.05.2013:

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2013-05/cp130066de.pdf>

Urteil des EuGH vom 30.05.2013 (C-270/11):

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=137828&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=668483>

VORZEITIG VERÖFFENTLICHTER BERICHT DER VENEDIG-KOMMISSION KRITISIERT UNGARISCHE VERFASSUNGSÄNDERUNGEN

Der neueste Bericht der Venedig-Kommission (Europarat) zu der Situation in Ungarn wurde laut Presseberichterstattungen trotz der Einstufung als „geheim“ versehentlich für kurze Zeit auf der Webseite der Europäischen Kommission für Demokratie und Recht eingestellt. Nachdem im Oktober 2012 die Venedig-Kommission in ihrem letzten offiziellen Bericht (EB 19/12) Ungarn auf einem besseren Weg sah, scheint sie sich in ihrem Entwurf, der erst am 14.06.2013 offiziell angenommen werden soll, der international geäußerten Kritik an der inzwischen vierten ungarischen Verfassungsänderung (EB 05/13) anzuschließen. In ihren Schlussfolgerungen stellt die Kommission fest, dass die vierte Verfassungsänderung, insbesondere die weitere Einschränkung der Rechte des ungarischen Verfassungsgerichts sehr kritisch zu sehen sind und negative Auswirkungen auf die drei wesentlichen Grundprinzipien des Europarates hat: auf die Gewaltenteilung als wesentlichen Bestandteil der Demokratie, auf den Schutz der Menschenrechte und auf die Rechtsstaatlichkeit.

KOMMISSION KÜNDIGT MASSNAHMENPAKET AN ZUR ABSCHAFFUNG DER ROAMING-GEBÜHREN UND ZU BESSEREN BEDINGUNGEN FÜR INTERNETKUNDEN

Neelie Kroes, Vizepräsidentin der EU-Kommission und Kommissarin für die Digitale Agenda, kündigte bei Reden vor dem EP und Fachkräften der IT-Branche in Brüssel am 30.05. und 04.06.2013 überraschend ein Maßnahmenpaket zur Abschaffung der Roaming-Gebühren und zur Gewährleistung eines offenen Internets und der Netzneutralität mit besseren Bedingungen für Internetnutzer an. So soll künftig dafür Sorge getragen werden, dass Internetverträge transparenter werden, Anbieterwechsel leichter vonstattengehen und Verträge nicht automatisch um ein Jahr verlängert werden. Zudem soll bereits vor Vertragsschluss der Kunde ausreichend über alle Details informiert werden, insbesondere die tatsächlichen Übertragungsgeschwindigkeiten. Sie forderte die Parlamentarier dazu auf, sie in ihren Bemühungen um einen europäischen digitalen Binnenmarkt zu unterstützen.



Das Maßnahmenpaket soll im Juli oder September dieses Jahres vorgestellt werden. *Neelie Kroes* hofft, dass der Rat und das EP trotz der nur sehr kurzen Zeitspanne bereits Ostern 2014 das endgültige Paket angenommen haben werden, also noch vor den Europawahlen Ende Mai 2014. Die Abschaffung der Roaming-Gebühren geht über die Vorgaben der Verordnung über das Roaming in Mobilfunknetzen (EB 11/2012) weit hinaus und stellt somit ein ehrgeiziges Ziel der Kommissarin dar, die nach eigener Aussage der nächsten Kommission nicht mehr angehören wird (s. Beiträge aus dem Geschäftsbereich IuK- und Medienpolitik in diesem EB).

Rede von Kommissionsvizepräsidentin *Neelie Kroes* vor dem IMCO Ausschuss am 30.05.2013 (in englischer Sprache):

http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-13-484_en.htm

Rede von Kommissionsvizepräsidentin *Kroes* vom 06.04.2013 vor dem EP (in englischer Sprache):

http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-13-498_en.htm

Rede von Kommissionsvizepräsidentin *Kroes* am 04.06.2013 in Brüssel bezüglich des digitalen Binnenmarktes vor Führungskräften in der IT-Branche (in englischer Sprache):

http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-13-499_en.htm

VORSCHLAG FÜR NEUFASSUNG DER KULTURGÜTERRÜCKGABE-RICHTLINIE VORGELEGT

Die Kommission hat am 30.05.2013 eine Neufassung der Richtlinie 93/7/EWG des Rates vom 15.03.1993 über die Rückgabe von unrechtmäßig aus dem Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats verbrachten Kulturgütern vorgeschlagen. Durch die vom federführenden Industriekommissar *Antonio Tajani* vorgeschlagenen Änderungen soll die Frist für Rückgabeklagen verlängert werden und bei Entschädigungsklagen die Beweislast auf den Besitzer verlagert werden. Zudem wird der Informationsaustausch zwischen den nationalen Stellen über die Verbringungen kulturell bedeutsamer Gegenstände verbessert. Die Richtlinie sieht außerdem einen Systemwechsel vor: Geschützte Kulturgüter sollen nicht mehr in einem Anhang zur Richtlinie definiert werden. Stattdessen sollen die Mitgliedstaaten künftig selbst festlegen, welche Kulturgüter sie als schutzwürdig einstufen (s. Beitrag des StMWFK in diesem EB).

Richtlinienentwurf:

http://ec.europa.eu/enterprise/policies/single-market-goods/files/cultural_goods/com_2013_311/directive-proposal/com-2013-311_de.pdf



STAATSMINISTERIUM DER FINANZEN

LÄNDERSPEZIFISCHE EMPFEHLUNGEN 2013

Die Kommission hat am 29.05.2013 im Rahmen des sog. „Europäischen Semesters“ ihre länderspezifischen Empfehlungen für die einzelnen Mitgliedstaaten sowie für den Euroraum als Ganzes veröffentlicht. Die Empfehlungen enthalten Leitvorgaben zur Haushalts-, Wirtschafts- und Sozialpolitik, die der besonderen Situation in dem jeweiligen Mitgliedstaat Rechnung tragen. Die Empfehlungen für Deutschland ähneln stark den Empfehlungen aus dem letzten Jahr: Beibehaltung einer soliden Haushaltspolitik, Stärkung der Binnennachfrage durch Lohnwachstum, bessere Koordinierung und mehr Kosteneffizienz in der Energiepolitik und Stärkung des Wettbewerbs im Dienstleistungssektor. Bemerkenswert ist, dass es keine konkrete Empfehlung zur Restrukturierung des Landesbankensektors mehr gibt. Ausführungen zu den Landesbanken finden sich aber im begleitenden Arbeitsdokument, das jedoch nicht Teil der Empfehlungen ist. Zunächst wird sich der Rat mit den Kommissionsempfehlungen befassen. Anschließend müssen sie vom ER, also den Staats- und Regierungschefs, am 27./28.06.2013 gebilligt werden. Formal angenommen werden die Empfehlungen dann im Juli durch den Rat. Die Empfehlungen haben für die Mitgliedstaaten bisher keine rechtliche Bindungswirkung.

Mitteilung der Kommission zu den länderspezifischen Empfehlungen:

http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/nd/2013eccomm_de.pdf

Länderspezifische Empfehlungen für Deutschland:

http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/nd/csr2013_germany_de.pdf

Begleitendes Arbeitsdokument zu den länderspezifischen Empfehlungen für Deutschland:

http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/nd/swd2013_germany_en.pdf

Länderspezifische Empfehlungen für die anderen Mitgliedstaaten:

http://ec.europa.eu/europe2020/making-it-happen/country-specific-recommendations/index_en.htm

VORSCHLÄGE DER KOMMISSION ZUR WEITEREN VORGEHENSWEISE IN DEN DEFIZITVERFAHREN

Derzeit unterliegen mit Ausnahme von Bulgarien, Deutschland, Estland, Luxemburg, Malta, Finnland und Schweden alle EU-Mitgliedstaaten einem Defizitverfahren. Die Kommission hat am 29.05.2013 vorgeschlagen, die Defizitverfahren gegen Italien, Lettland, Ungarn, Litauen und Rumänien einzustellen. Gegen Malta soll ein neues Defizitverfahren eingeleitet werden. Folgt der Rat diesen Empfehlungen, dann wird nur noch gegen 16 Mitgliedstaaten ein Defizitverfahren laufen. Für sechs Mitgliedstaaten schlägt die Kommission dem Rat Fristverlängerungen vor: für Spanien um zwei Jahre bis 2016, für Frankreich um zwei Jahre bis 2015, für die Niederlande um ein Jahr bis 2014, für Polen um zwei Jahre bis 2014, für Portugal um ein Jahr bis 2015 und für Slowenien um zwei Jahre bis 2015. Das Defizitverfahren gegen Belgien soll verschärft werden.

Pressemitteilung der Kommission:



http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-13-463_de.htm

GEMEINSAME VORSCHLÄGE VON DEUTSCHLAND UND FRANKREICH ZUR WEITEREN VERTIEFUNG DER WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSUNION

Frankreich und Deutschland haben in einem gemeinsamen Papier ihre Vorstellungen zur weiteren Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion dargelegt. Ein wesentlicher Punkt ist die Verbesserung der wirtschaftspolitischen Koordinierung (Festlegung von Indikatoren für eine von allen Seiten akzeptierte wirtschaftliche Problemanalyse; vertragliche Vereinbarungen zwischen den Mitgliedstaaten und der EU-Ebene über die umzusetzenden Reformen; finanzielle Anreize für die Mitgliedstaaten, die Reformen umsetzen). Darüber hinaus soll es regelmäßiger Gipfeltreffen des Euroraums geben und die Eurogruppe soll einen mit umfassenden Ressourcen ausgestatteten hauptamtlichen Präsidenten erhalten. Im EP sollen spezifische Strukturen für den Euroraum geschaffen werden, um eine angemessene demokratische Kontrolle und Legitimation zu gewährleisten. Deutschland und Frankreich sehen ihr gemeinsames Positionspapier als Beitrag für die kommende Sitzung des ER am 27./28.06.2013.

Pressemitteilung der Bundesregierung:

http://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/2013/05/2013-05-30-dt-frz-erklarung-deutsch.pdf?__blob=publicationFile&v=1

EURO-BEITRITT LETTLANDS – KOMMISSION UND EZB LEGEN KONVERGENZBERICHTE VOR

Lettland plant, mit Wirkung zum 01.01.2014 als 18. Mitgliedstaat dem Euroraum beizutreten. Die Kommission und die EZB bestätigen in ihren am 05.06.2013 veröffentlichten Konvergenzberichten, dass Lettland inzwischen die Konvergenzkriterien für den Beitritt zum Euroraum erfüllt: hoher Grad an Preisstabilität, Finanzlage der öffentlichen Hand (Defizit und Verschuldung), Konvergenz der Zinssätze und Wechselkursstabilität. Allerdings äußerte vor allem die EZB Bedenken bezüglich der längerfristigen Nachhaltigkeit der wirtschaftlichen Konvergenz Lettlands. Risiken bestehen vor allem im Finanzsektor, u. a. aufgrund der hohen Abhängigkeit der lettischen Banken von ausländischen Einlagen. Über den Beitritt eines Mitgliedstaates zum Euroraum beschließt der Rat auf Empfehlung einer qualifizierten Mehrheit der Euro-Mitgliedstaaten, nach Anhörung des EP und nach Aussprache im ER (geplant für 27./28.06.2013).

Memo der Kommission:

http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-13-495_en.htm

Konvergenzbericht der Kommission:

http://ec.europa.eu/economy_finance/publications/european_economy/2013/ee3_en.htm

Konvergenzbericht der EZB:

<http://www.ecb.int/press/pr/date/2013/html/pr130605.de.html>



HOCHWASSER 2013 – HILFEN AUS DEM EUROPÄISCHEN SOLIDARITÄTSFONDS

Die Kommission hat am 03.06.2013 signalisiert, dass für die von der aktuellen Flutkatastrophe betroffenen Mitgliedstaaten Österreich, Deutschland und Tschechien Hilfen aus dem Europäischen Solidaritätsfonds in Betracht kommen. Voraussetzung für die Gewährung von Hilfen aus dem Fonds ist eine Naturkatastrophe größeren Ausmaßes, die gravierende Folgen für die Lebensbedingungen der Bürger, die Umwelt oder die Wirtschaft hat. Die Schwelle für die Aktivierung des Fonds liegt für Deutschland bei 3,67 Mrd. €. Finanzhilfen aus dem Fonds können bis zu einer Obergrenze von insgesamt 1 Mrd. € pro Jahr gewährt werden. Die betroffenen Mitgliedstaaten müssen ihren Hilfsantrag innerhalb von 10 Wochen nach Auftreten der ersten Schäden stellen.

Pressemitteilung der Kommission:

http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-13-492_en.htm

Nähere Informationen zum europäischen Solidaritätsfonds:

http://ec.europa.eu/regional_policy/thefunds/solidarity/index_de.cfm#4

Text der Verordnung zur Errichtung eines Solidaritätsfonds der EU:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2002:311:0003:0003:DE:PDF>

KOMMISSION KÜNDIGT AN, IN GEPLANTER PENSIONS FONDSRICHTLINIE KEINE ANFORDERUNGEN ZUR SOLVABILITÄT AUFZUNEHMEN

Der Kommissar für Binnenmarkt und Dienstleistungen, *Michel Barnier*, erklärte am 23.05.2013, im Herbst eine Richtlinie zur Verbesserung der Governance und Transparenz der betrieblichen Rentenfonds vorzulegen und dabei nicht die Frage der Solvabilität der Fonds zu behandeln. Nach den Worten *Barniers* ist seine Priorität der Schutz der zukünftigen Rentner. Deshalb sei es notwendig, die Schwächen einiger betrieblicher Rentenfonds anzugehen. Aber er möchte nicht, dass nationale Systeme, die gut funktionieren, bestraft werden (s. dazu Beitrag des StMAS in diesem EB).

Memo der Kommission zu den betrieblichen Rentenfonds:

http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-13-454_de.htm

STAATSMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, INFRASTRUKTUR, VERKEHR UND TECHNOLOGIE

WIRTSCHAFT MIT BINNENMARKT UND INDUSTRIE

LÄNDERSPEZIFISCHE EMPFEHLUNGEN 2013

Die Kommission hat am 29.05.2013 im Rahmen des sog. „Europäischen Semesters“ ihre länderspezifischen Empfehlungen für die einzelnen Mitgliedstaaten sowie für den Euroraum als Ganzes veröffentlicht. Die Empfehlungen enthalten Leitvorgaben zur Haushalts-, Wirtschafts- und Sozialpolitik, die der besonderen



Situation in dem jeweiligen Mitgliedstaat Rechnung tragen. Die Empfehlungen für Deutschland ähneln stark den Empfehlungen aus dem letzten Jahr: Beibehaltung einer soliden Haushaltspolitik, Stärkung der Binnennachfrage durch Lohnwachstum, bessere Koordinierung und mehr Kosteneffizienz in der Energiepolitik und Stärkung des Wettbewerbs im Dienstleistungssektor. Bemerkenswert ist, dass es keine konkrete Empfehlung zur Restrukturierung des Landesbankensektors mehr gibt. Ausführungen zu den Landesbanken finden sich aber im begleitenden Arbeitsdokument, das jedoch nicht Teil der Empfehlungen ist. Zunächst wird sich der Rat mit den Kommissionsempfehlungen befassen. Anschließend müssen sie vom ER, also den Staats- und Regierungschefs, am 27./28.06.2013 gebilligt werden. Formal angenommen werden die Empfehlungen dann im Juli durch den Rat. Die Empfehlungen haben für die Mitgliedstaaten bisher keine rechtliche Bindungswirkung (s. dazu Beitrag des StMF in diesem EB).

Mitteilung der Kommission zu den länderspezifischen Empfehlungen:

http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/nd/2013eccomm_de.pdf

Länderspezifische Empfehlungen für Deutschland:

http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/nd/csr2013_germany_de.pdf

Begleitendes Arbeitsdokument zu den länderspezifischen Empfehlungen für Deutschland:

http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/nd/swd2013_germany_en.pdf

Länderspezifische Empfehlungen für die anderen Mitgliedstaaten:

http://ec.europa.eu/europe2020/making-it-happen/country-specific-recommendations/index_en.htm

ERGEBNISSE DES RATES FÜR WETTBEWERBSFÄHIGKEIT IM BEREICH WIRTSCHAFT UND BINNENMARKT

Neben der allgemeinen Ausrichtung im Beihilfenrecht (s. eigenen Beitrag in diesem EB) hat sich der Wettbewerbsfähigkeitsrat am 29./30.2013 mit weiteren Themen im Bereich Wirtschaft und Binnenmarkt beschäftigt. Er führte dabei u. a. eine Aussprache zur derzeitigen Industriepolitik der EU und machte sich den aktuellen Stand bei der Umsetzung der Binnenmarktakten I und II bewusst, deren Umsetzung bis zum Ende der Legislaturperiode er für einen wichtigen Beitrag zur Vollendung des Binnenmarktes hält. Daneben nahm der Rat Schlussfolgerungen zum Thema „Intelligente Regulierung“ an, in denen er die diesbezügliche Mitteilung der Kommission vom 07.03.2013 sowie die Mitteilung „Regulatorische Eignung von EU-Vorschriften“ vom 12.12.2012 begrüßte und die rasche Umsetzung der aufgeführten Maßnahmen zum Bürokratieabbau für Unternehmen, insbesondere KMU, durch alle Akteure forderte. Auch auf die Ergebnisse der jüngsten Online-Umfrage der Kommission zu den zehn bürokratischsten Legislativakten der EU müsse rasch eine Antwort gefunden werden.

Pressemitteilung des Rates (nur in englischer Sprache) :

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/en/intm/137340.pdf

Schlussfolgerungen des Rates zur Intelligenten Regulierung :

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/13/st09/st09533.de13.pdf>



RAT ERZIELT ALLGEMEINE AUSRICHTUNG BEI ERMÄCHTIGUNGSVERORDNUNG UND VERFAHRENSVERORDNUNG IM BEIHILFENRECHT

Am 29.05.2013 hat der Rat für Wettbewerbsfähigkeit eine allgemeine Ausrichtung zu zwei Vorschlägen der Kommission im Rahmen der Überarbeitung des Beihilfenrechts angenommen. Der Vorschlag zur Änderung der Ermächtigungsverordnung (EG) 994/98, mit der der Rat die Kommission nach Art. 109 AEUV dazu ermächtigt, bestimmte Gruppen von Beihilfen von der vorherigen Notifizierungspflicht freizustellen, wurde grundsätzlich begrüßt. Er sieht insbesondere eine Ausweitung der freistellbaren Gruppen vor (z. B. Aufnahme von Beihilfen für Innovationen, im Kulturbereich, im Sport, bei grundlegender Breitbandinfrastruktur zur Beseitigung von Schäden durch Naturkatastrophen), wobei der Rat in den Verhandlungen v. a. auch eine Freistellungsmöglichkeit für Infrastrukturmaßnahmen aufgenommen hat. Im Rahmen der Überarbeitung der sog. „Verfahrensverordnung“ (EG) 659/99 möchte die Kommission Beihilfenbeschwerden künftig effektiver und zielgerichteter nachgehen, um ihre Prüfungen auf Beihilfen mit größerer Bedeutung für den Binnenmarkt konzentrieren zu können. Der Rat stimmte formalisierten Vorgaben und Beschränkungen der Beschwerdebefugnis zu, relativierte allerdings die von der Kommission angestrebte Neuerung, sich in förmlichen Verfahren gegen Mitgliedstaaten marktrelevante Informationen direkt von Unternehmen einholen zu können.

Pressemitteilung des Rates:

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/en/intm/137340.pdf

AUSSENWIRTSCHAFT

KOMMISSION VERHÄNGT VORLÄUFIGE SCHUTZZÖLLE IM ANTIDUMPINGVERFAHREN GEGEN CHINA BEI IMPORT VON SOLARPANEELN

Die Kommission hat am 04.06.2013 beschlossen, zunächst vorläufige Schutzzölle in Höhe von 11,8 % im Antidumpingverfahren gegen China auf Importe von Solarpaneelen in die EU zu verhängen. Dieser relativ niedrige Strafzoll soll für zwei Monate gelten und wird danach für eine Dauer von weiteren vier Monaten automatisch auf eine Spanne zwischen 38,3 % und 67,9 % (überwiegend 47,6 %) für rund 170 konkret aufgeführte Firmen, sowie auf 67,9 % gegen alle weiteren chinesischen Firmen angehoben. Nach Angaben der Kommission beläuft sich die eigentlich für Solarpaneele ermittelte Dumpingspanne auf 88 %. Mit dem moderaten Satz zu Beginn der zweistufigen Strafzollerhebung will die Kommission den Einwänden aller Beteiligten Rechnung tragen und die Möglichkeit zur raschen Aufnahme von Verhandlungen mit China geben. Der Rat könnte die vorläufigen Schutzzölle mit qualifizierter Mehrheit allerdings in der Zwischenzeit wieder abwenden. Deutschland hatte sich gemeinsam mit anderen Mitgliedstaaten zuletzt gegen die Verhängung vorläufiger Schutzzölle ausgesprochen. Auch längerfristigen Maßnahmen müsste der Rat grundsätzlich in spätestens sechs Monaten auf Vorschlag der Kommission zustimmen.

Pressemitteilung der Kommission:

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-501_de.htm?locale=en



Verordnung der Kommission:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2013:152:0005:0047:DE:PDF>

VERKEHR

TRILOGEINIGUNG ÜBER TRANSEUROPÄISCHE NETZE IM VERKEHRSBEREICH

Am 29.05.2013 haben Rat und EP in ihrem letzten Triloggespräch eine politische Einigung zu der Verordnung über die Transeuropäischen Netze im Bereich Verkehr (TEN-V) erzielt. Die Einigung sieht für die Mitgliedstaaten einerseits eine verbindlich Frist für die Errichtung eines europäischen Kernnetzes bis 2030 vor – allerdings ohne Sanktionsmöglichkeit bei Nichterfüllung. Das umfassendere Gesamtnetz andererseits soll nach Möglichkeit bis 2050 vollendet werden. Aus bayerischer Sicht ist insbesondere zu begrüßen, dass im Bereich des Schienenverkehrs auch der Streckenabschnitt Marktredwitz – Pilsen vollständig zum Kernnetz gehören wird; zuletzt war dieser Teil im Rahmen der Verhandlungen des Rates zumindest im Bereich Güterverkehr aus dem Kernnetz herausgenommen und erst kurz vor Abschluss der Verhandlungen wieder mit aufgenommen worden.

Pressemitteilung der Kommission (nur in englischer Sprache):

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-478_en.htm?locale=en .

KOMMISSION GENEHMIGT BEIHILFEN FÜR INFRASTRUKTURINVESTITIONEN AM FLUGHAFEN MEMMINGEN

Modernisierung und Verbesserung der Infrastruktur des Flughafens Memmingen, betrieben durch die Allgäu GmbH & Co. KG, in Höhe von 7,75 Mio. € für konform mit ihren seit 2005 geltenden Leitlinien über staatliche Beihilfen für den Luftverkehr erklärt. Deutschland hatte das Vorhaben im März 2013 bei der Kommission notifiziert und dabei laut Kommission nachgewiesen, dass die staatlichen Zuschüsse notwendig und angemessen seien, da das staatliche Engagement auf die Schließung von Finanzierungslücken beschränkt und der Anteil von Privatinvestoren (50 % der Gesamtinvestition) erheblich seien. Die Prüfung der Kommission habe ergeben, dass die geplanten Investitionen auch von gemeinsamem europäischem Interesse seien, da die Verkehrsanbindung der Region verbessert werde.

Pressemitteilung der Kommission:

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-502_de.htm

Der Kommissionsbeschluss wird eingestellt werden unter:

http://ec.europa.eu/competition/elojade/isef/case_details.cfm?proc_code=3_SA_36377

TECHNOLOGIE UND INNOVATION

KOMMISSION STELLT VERORDNUNGSVORSCHLAG FÜR DAS EUROPÄISCHE SATALLITEN-ERDBEOBACHTUNGSPROGRAMM „COPERNICUS“ VOR

Die Kommission hat am 29.05.2013 ihren Verordnungsvorschlag zum Aufbau des satellitengesteuerten Erdbeobachtungsprogramms „COPERNICUS“ (früher GMES) vorgestellt. Die Verordnung soll die bisherige



GMES-Verordnung (EU) 911/2010 ablösen und Anfang 2014 in Kraft treten. Der Vorschlag nimmt das im Rahmen der Einigung des ER im Februar 2013 zum Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) beschlossene Budget von 3,786 Mrd. € für die Zeit 2014 bis 2020 auf, aus dem die Ausgaben für die Entwicklung, den Start und den Betrieb einer Reihe von Satelliten (Sentinel-Missionen) gedeckt und die sechs vorgesehenen operationellen Dienste eingerichtet werden sollen. Die Kommission stellt klar, dass sie die alleinige Verantwortung für das Programm tragen, seine Prioritäten und Ziele bestimmen und dessen Umsetzung überwachen möchte. Gleichzeitig regelt der Verordnungsvorschlag die Zusammenarbeit mit anderen involvierten Einrichtungen wie der Europäischen Weltraumagentur (ESA), der Europäischen Umweltagentur (EEA) oder der Europäischen Organisation für die Nutzung Meteorologischer Satelliten (EUMETSAT).

Pressemitteilung der Kommission mit Verlinkung zum Verordnungsvorschlag (nur in englischer Sprache) :

http://ec.europa.eu/enterprise/newsroom/cf/itemdetail.cfm?item_id=6674&lang=de&tpa_id=141&title=Copernicus%3A%2Dgood%2Dfor%2Djobs%2Dand%2Dthe%2Denvironment%21

ERGEBNISSE DES WETTBEWERBSFÄHIGKEITSRATES IM BEREICH FORSCHUNG, INNOVATION UND TECHNOLOGIE

Der Rat für Wettbewerbsfähigkeit hat sich im Rahmen seiner Sitzung am 29./30.05.2013 insbesondere mit der europäischen Raumfahrtspolitik sowie mit den derzeit verhandelten Verordnungen zum künftigen Forschungsrahmenprogramm Horizont 2020 beschäftigt. Er nahm u. a. Schlussfolgerungen zur Mitteilung der Kommission zur EU-Politik zur Raumfahrtindustrie an, sprach sich zum Fortschrittsbericht über den Richtlinienvorschlag zur Einrichtung eines Programms zur Unterstützung der Beobachtung und Verfolgung von Objekten im Weltraum aus und nahm ein Reflexionspapier der Kommission zur derzeitigen Entwicklung der Beziehung zwischen EU und ESA sowie den Verordnungsvorschlag der Kommission zum Aufbau von COPERNICUS (s. dazu eigenen Bericht) zur Kenntnis. Er diskutierte außerdem über den aktuellen Stand der Verhandlungen zu Horizont 2020 und nahm Schlussfolgerungen zur Mitteilung der Kommission zur internationalen Zusammenarbeit der EU in Forschung und Innovation an (s. auch ergänzend den Beitrag des StMWFK in diesem EB).

Pressemitteilung des Rates mit Verlinkung zu relevanten Schlussfolgerungen (ab S. 19; teilweise nur in englischer Sprache) :

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/en/intm/137340.pdf

SONSTIGES

KOMMISSION STELLT JAHRESBERICHT ZUR WETTBEWERBSPOLITIK 2012 VOR

Am 28.05.2013 hat die Kommission ihren Bericht über die Wettbewerbspolitik des Jahres 2012 vorgelegt, in dem sie einen Überblick über die von ihr durchgeführten Maßnahmen im Beihilfen-, Fusions- und Kartellrecht im letzten Jahr gibt. Danach konzentrierte die Kommission diese besonders auf Wirtschaftszweige, die „systemisch für die gesamte Wirtschaft in der EU sind“, etwa den Finanzsektor und den Energie- sowie den Telekommunikationsbereich. Die Kommission hebt auch die von ihr im Mai 2012 angestoßene Überarbeitung



des Beihilfenrechts insgesamt hervor, mit der sie die effektivere und transparentere Verwendung öffentlicher Fördermittel gewährleisten wolle.

Pressemitteilung der Kommission mit Verlinkung zu dem Bericht:

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-472_de.htm

STAATSMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN

INFORMELLER AGRARRAT VOM 26. - 28.05.2013 IN DUBLIN

Beim informellen Agrarrat vom 26. - 28.05.2013 in Dublin loteten die Minister Spielräume für Kompromisse bei der GAP-Reform aus. Sie führten dazu auch einen Gedankenaustausch mit dem EP-Agrarausschuss-Vorsitzenden *De Castro* (S&D/ITA), den Berichterstattern für die GAP-Verordnungen und den agrarpolitischen Sprechern der Fraktionen. Aus den Gesprächen wurde deutlich, dass die Angleichung der Direktzahlungen innerhalb von Mitgliedstaaten oder Regionen (interne Konvergenz), die Degression der Direktzahlungen für Großbetriebe und die Möglichkeiten für produktionsgekoppelte Direktzahlungen sowohl innerhalb des Rates als auch zwischen den Institutionen zu den strittigsten Themen zählen. Ebenfalls umstritten ist das Datum für das Ende der Zuckerquotenregelung, die Neuabgrenzung der benachteiligten Gebiete, das vom EP vorgeschlagene Instrument zur Angebotsregulierung im Milchsektor (EB 05/2013) sowie Schwellenwerte und Befugnisse der Institutionen bei der Umsetzung von Marktinstrumenten (z. B. Festlegung von Referenzpreisen). Alle drei Institutionen streben weiterhin einen politischen Kompromiss zur GAP-Reform bis Ende Juni 2013 an. Die irische Ratspräsidentschaft und insbesondere die Vertreter des EP drängen darauf, noch vor dem nächsten Agrarrat vom 24. - 26.06.2013 in Luxemburg im Rahmen der Triloggespräche Kompromisse auch zu kritischen Themen zu finden. Darüber hinaus wiesen die EP-Vertreter darauf hin, dass ein GAP-Kompromiss in enger Beziehung zu einer Einigung über den Mehrjährigen Finanzrahmen 2014 - 2020 (MFR) stehe. Ob bei den laufenden Triloggesprächen zum MFR rechtzeitig eine Einigung zwischen den Institutionen erreicht werden kann, ist jedoch offen.

<http://eu2013.ie/news/news-items/20130528postagripr/>

KOMMISSION BESCHLIESST TEILVERBOT VON DREI NEONICOTINOID-INSEKTIZIDEN

Am 24.05.2013 hat die Kommission ihre Vorschläge für ein Teilverbot der Neonicotinoid-Insektizide Clothianidin, Imidacloprid und Thiamethoxam angenommen. Die Veröffentlichung der entsprechenden Durchführungsverordnung im Amtsblatt der EU folgte am 25.05.2013. Damit tritt das Teilverbot der als bienengefährlich eingestuften Insektizidwirkstoffe am 01.12.2013 in Kraft. In zahlreichen Kulturen, darunter Raps und Mais dürfen die Wirkstoffe danach nicht mehr angewandt werden. Ausgenommen vom Verbot bleiben u. a. Anwendungen zur Aussaat von Wintergetreide, Blattbehandlungen nach der Blüte (nicht bei Getreide) sowie Gewächshausanwendungen. Bis zum 30.09.2013 müssen die Mitgliedstaaten Zulassungen



von Pflanzenschutzmitteln, die einen der Wirkstoffe enthalten, widerrufen oder ändern. Vorhandene Bestände können in einer möglichst kurzen Übergangsfrist, die spätestens am 30.11.2013 endet, aufgebraucht werden. Spätestens in zwei Jahren soll die Regelung überprüft werden.

Pressemitteilung der Kommission vom 24.05.2013

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-457_de.htm

Durchführungsverordnung (EU) Nr. 485/2013 der Kommission vom 24.05.2013, veröffentlicht im Amtsblatt der EU am 25.05.2013

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2013:139:0012:0026:DE:PDF>

BIENENGESUNDHEIT: EFSA WARNT VOR MIT FIPRONIL BEHANDELTEM MAISSAATGUT

Nach einer am 27.05.2013 von der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) vorgelegten Stellungnahme stellt das Insektizid Fipronil ein hohes akutes Risiko für Honigbienen dar, wenn es zur Saatgutbehandlung von Mais eingesetzt wird. Das Risiko ergebe sich insbesondere aus der Staubabdrift bei der Maissaat. Die EU erwägt nun eine Ausweitung des Teilverbots der von der Kommission am 24.05.2013 (s. Beitrag in diesem EB) verbotenen Neonicotinoide auf den Wirkstoff Fipronil. Vertreter der Mitgliedstaaten werden mögliche Schritte voraussichtlich beim Ständigen Ausschuss für Pestizide am 15./16.07.2013 diskutieren. Die Kommission hat den Hersteller des Wirkstoffs, BASF, aufgefordert, bis zum 12.06.2013 zu dem Gutachten Stellung zu nehmen.

Stellungnahme der EFSA (in englischer Sprache):

<http://www.efsa.europa.eu/de/efsajournal/pub/3158.htm>

Pressemitteilung der EFSA zu Fipronil:

<http://www.efsa.europa.eu/de/press/news/130527.htm?wtrl=01>

KOMMISSIONSBERICHT: AGRAREXPORTE DER EU AUF REKORDNIVEAU

Nach dem „Monitoring Agri-trade Policy“-Bericht der Generaldirektion für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung vom Mai 2013 erreichte die EU mit einem Agrar-Handelsüberschuss von 12,6 Mrd. € im Jahr 2012 einen neuen Rekordwert. Das Ausfuhrvolumen umfasste mit 114 Mrd. € einen Höchstwert, der besonders durch die Nachfrage aus Schwellen- und Entwicklungsländern angetrieben wurde. In der Rangliste der weltweit führenden Exporteure von Agrarerzeugnissen steht die EU damit nur knapp hinter den USA auf Rang zwei. Weine und Spirituosen führten die Liste der Produkte mit den höchsten Exporterträgen an. Die Verkäufe in die USA, dem wichtigsten Handelspartner der EU, stiegen auf 13 % der Gesamtexporte. China und Saudi Arabien waren die wachstumsstärksten Märkte. Mit Importen im Wert von 102 Mrd. € blieb die EU mit Abstand weltweit größter Importeur von Agrarerzeugnissen.

Monitoring Agri-trade Policy 2013 - 1:

http://ec.europa.eu/agriculture/trade-analysis/map/2013-1_en.pdf



ADR FORDERT AUFRECHTERHALTUNG VON MARKTREGULIERUNGSMITTELN IM MILCHSEKTOR

Der AdR hat in der Plenarsitzung vom 30.05.2013 die Stellungnahme von Berichterstatter *René Souchon* (PES/FRA) zur Lage des Milchmarkts und dem Auslaufen der Quotenregelung nach 2015 angenommen. Darin sprechen sich die Vertreter der Regionen gegen ein Auslaufen der Milchquote ohne alternative Regulierungsinstrumente aus. Sie fordern die Kommission auf, auch die Folgen des Endes der Milchquotenregelung auf regionaler Ebene zu erfassen. Bisher seien nur makroökonomische Konsequenzen berücksichtigt. Konkret fordert der AdR Marktinstrumente, die über das Milchpaket hinausgehen. Er schlägt in Anlehnung an die Position des EP (EB 01/13) eine verpflichtende Begrenzung der Milchproduktion im Krisenfall vor. Der AdR fordert außerdem, Programme der ländlichen Entwicklung für den Milchsektor in Berggebieten und in benachteiligten Gebieten aufzulegen. Die EU solle auch ihre Handelspolitik überprüfen und sich stärker auf den heimischen Markt und den Export von hochwertigen Produkten in den südlichen Mittelmeerraum konzentrieren.

Pressemitteilung des AdR mit Link zum Souchon-Bericht (in französischer Sprache):

<http://cor.europa.eu/en/news/pr/Pages/cdr-preoccupe-quotas-laitiers.aspx>

HOCHWASSER 2013 - HILFEN AUS DEM EUROPÄISCHEN SOLIDARITÄTSFONDS

Die Kommission hat am 03.06.2013 signalisiert, dass für die von der aktuellen Flutkatastrophe betroffenen Mitgliedstaaten Österreich, Deutschland und Tschechien Hilfen aus dem Europäischen Solidaritätsfonds in Betracht kommen. Voraussetzung für die Gewährung von Hilfen aus dem Fonds ist eine Naturkatastrophe größeren Ausmaßes, die gravierende Folgen für die Lebensbedingungen der Bürger, die Umwelt oder die Wirtschaft hat. Die Schwelle für die Aktivierung des Fonds liegt für Deutschland bei 3,67 Mrd. €. Finanzhilfen aus dem Fonds können bis zu einer Obergrenze von insgesamt 1 Mrd. € pro Jahr gewährt werden. Die betroffenen Mitgliedstaaten müssen ihren Hilfsantrag innerhalb von zehn Wochen nach Auftreten der ersten Schäden stellen (s. Beitrag des StMF in diesem EB).

Pressemitteilung der Kommission:

[http://europa.eu/rapid/press-release MEMO-13-492_en.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-13-492_en.htm)

Nähere Informationen zum Europäischen Solidaritätsfonds:

http://ec.europa.eu/regional_policy/thefunds/solidarity/index_de.cfm#4

Text der Verordnung zur Errichtung eines Solidaritätsfonds der EU:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2002:311:0003:0003:DE:PDF>

KOMMISSION: STRENGERE REGELN FÜR DIE FLEISCHBESCHAU

Der Ständige Ausschuss für die Lebensmittelkette und Tiergesundheit (SCFCAH) stimmte am 22.05.2013 einem stärker risikobasierten Ansatz für die Fleischbeschau zu. Die neuen Regeln basieren auf einem von der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) erarbeiteten, wissenschaftlichen Gutachten zur Modernisierung der Fleischbeschau in der EU. Bei der Kontrolle von Schweinefleisch sollen künftig



insbesondere gesundheitsgefährdende Mikroorganismen, wie Salmonellen und Trichinen, erfasst werden. Für die Kontrollen sind die nationalen Behörden zuständig (s. Beitrag des StMUG in diesem EB).

Pressemitteilung (Englisch):

<http://europa.eu/rapid/midday-express-23-05-2013.htm>

Informationen zur Rolle der EFSA bei der Fleischschau:

<http://www.efsa.europa.eu/de/topics/topic/meatinspection.htm?wtrl=01>

Gutachten der EFSA:

<http://www.efsa.europa.eu/de/efsajournal/pub/2351.htm>

STAATSMINISTERIUM FÜR ARBEIT, SOZIALORDNUNG, FAMILIE UND FRAUEN

LÄNDERSPEZIFISCHE EMPFEHLUNGEN 2013 AUS BESCHÄFTIGUNGS- UND SOZIALPOLITISCHER SICHT

Die Europäische Kommission hat am 29.5.2013 im Rahmen des sog. Europäischen Semesters die länderspezifischen Empfehlungen 2013 angenommen. Deutschland hat folgende vier Empfehlungen bekommen: Beibehaltung einer soliden Haushaltspolitik, Aufrechterhaltung der Bedingungen für ein die Binnennachfrage stützendes Lohnwachstum, Verbesserung der Koordinierung der Energiepolitik mit den Nachbarländern und Kostenbewusstsein beim Umbau des Energiesystems sowie Stärkung des Wettbewerbs im Dienstleistungssektor. Aus beschäftigungs- und sozialpolitischer Sicht sind vor allem folgende nähere Ausgestaltungen der ersten beiden Empfehlungen von Interesse: Verbesserung der Kosteneffizienz der öffentlichen Ausgaben im Gesundheitswesen und in der Pflege, Senkung der hohen Steuer- und Abgabenlast, insbesondere für Geringverdiener, Aufrechterhaltung geeigneter Aktivierungs- und Integrationsmaßnahmen insbesondere für Langzeitarbeitslose, Umwandlung atypischer Beschäftigungsverhältnisse wie Minijobs in nachhaltigere Beschäftigungsformen sowie Verbesserung der Arbeitsanreize und der Vermittelbarkeit von Arbeitnehmern, vor allem für Zweit- und Geringverdiener.

Mitteilung der Kommission zu den länderspezifischen Empfehlungen:

http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/nd/2013eccomm_de.pdf

Länderspezifische Empfehlungen für Deutschland:

http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/nd/csr2013_germany_de.pdf

Begleitendes Arbeitsdokument zu den länderspezifischen Empfehlungen für Deutschland:

http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/nd/swd2013_germany_en.pdf

länderspezifische Empfehlungen an andere Mitgliedstaaten:

http://ec.europa.eu/europe2020/making-it-happen/country-specific-recommendations/index_en.htm



KOMMISSION KÜNDIGT AN, IN GEPLANTE PENSIONS FONDSRICHTLINIE KEINE ANFORDERUNGEN ZUR SOLVABILITÄT AUFZUNEHMEN

Der Kommissar für Binnenmarkt und Dienstleistungen *Michel Barnier* erklärte am 23.05.2013, im Herbst eine Richtlinie zur Verbesserung der Governance und Transparenz der betrieblichen Rentenfonds vorzulegen und dabei nicht die Frage der Solvabilität der Fonds zu behandeln. Nach den Worten *Barniers* ist seine Priorität der Schutz der zukünftigen Rentner. Deshalb sei es notwendig, die Schwächen einiger betrieblicher Rentenfonds anzugehen. Er wolle aber nicht, dass nationale Systeme, die gut funktionieren, bestraft werden.

Memo der Kommission zu den betrieblichen Rentenfonds:

http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-13-454_de.htm

EUROSTAT VERÖFFENTLICHT ARBEITSLOSENZAHLEN FÜR APRIL 2013

Angaben der EU-Statistikbehörde Eurostat zufolge lag die saisonbereinigte Arbeitslosenquote der EU im April 2013 bei 11,0 %, im Euroraum bei 12,2 %. Dies ist im Vergleich zum Vorjahr ein deutlicher Anstieg (April 2012: 10,3 % bzw. 11,2 %). Insgesamt sind etwa 26,588 Mio. Menschen in der EU, davon 19,375 Mio. im Euroraum, arbeitslos.

Pressemitteilung Eurostat:

http://europa.eu/rapid/press-release_STAT-13-82_de.htm

BERICHT DER KOMMISSION ZU KINDERBETREUUNGSDIENSTEN IN DEN MITGLIEDSTAATEN

Nach dem am 03.06.2013 von Vizepräsidentin und Kommissarin für Justiz, Grundrechte und Bürgerschaft *Viviane Reding* vorgestellten Bericht zu den Barcelona-Zielen erfüllten 2011 nur acht Mitgliedstaaten diese 2002 von den EU-Staats- und Regierungschefs festgelegten Ziele zur Verfügbarkeit und Zugänglichkeit von Kinderbetreuungsdiensten. Diese besagen, dass für 90 % der Kinder zwischen drei Jahren und dem Schulpflichtalter und für 33 % der Kinder unter drei Jahren Kinderbetreuungsplätze bereitgestellt werden sollen.

http://ec.europa.eu/justice/gender-equality/files/documents/130531_barcelona_en.pdf

STUDIE ZUM „GENDER PENSION GAP“

Die am 03.06.2013 von der Kommission veröffentlichte Studie zum „Gender Pension Gap“ (geschlechterspezifische Rentenlücke) von ENEGE (European Network of Experts on Gender Equality) stellt fest, dass Frauen in der EU im Durchschnitt eine um 39 % niedrigere Rente als Männer beziehen. Dabei herrschen große Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten, die von 47 % in Luxemburg und 44 % in Deutschland bis zu 8 % in der Slowakei und 4 % in Estland reichen.

http://ec.europa.eu/justice/gender-equality/files/documents/130530_pensions_en.pdf



KOMMISSION LEITET ÖFFENTLICHE KONSULTATION ZU SICHERHEIT UND GESUNDHEITSSCHUTZ AM ARBEITSPLATZ EIN

Die Kommission hat am 31.05.2013 eine öffentliche Konsultation zu Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz eingeleitet. Alle Bürgerinnen und Bürger sowie Organisationen können sich bis 26.07.2013 daran beteiligen. Der EU-Kommissar für Beschäftigung, Soziales und Integration *László Andor* betonte die Bedeutung weiterer Verbesserungen bei Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz trotz des historisch niedrigen Standes von Arbeitsunfällen und der guten Arbeitsschutzstandards in der EU gerade in Zeiten der Krise. Zukünftige Herausforderungen seien z. B. die Umsetzung von Arbeitsschutzbestimmungen in KMU und Mikrounternehmen, die Entwicklung genauerer Überwachungsinstrumente sowie Sicherheits- und Gesundheitsprobleme im Zusammenhang mit einer älter werdenden Erwerbsbevölkerung.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-491_de.htm

GEWINNER DES WETTBEWERBS FÜR SOZIALE INNOVATION 2013 IN BRÜSSEL GEKÜRT

Kommissionspräsident *José Manuel Barroso* hat am 29.05.2013 die drei Gewinner gekürt, die am Wettbewerb für soziale Innovation teilgenommen haben. Aus über 600 Vorschlägen aus 35 Ländern wurden drei Vorschläge ausgezeichnet, die aus Großbritannien („Community Catalysts“), Deutschland („Economy App“) und Spanien („MITWIN.NET“) kommen. Der mit 20.000 € dotierte Preis würdigt innovative Vorschläge, die das Ziel haben, den Arbeitsmarkt anzukurbeln. *Barroso* sagte dazu, die preisgekrönten Ideen zeigten, dass die soziale Innovation das Potenzial besitze, maßgeblich zur Schaffung neuer Beschäftigungsmöglichkeiten beizutragen.

Pressemitteilung der Kommission:

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-471_de.htm

ANHÖRUNG DES DESIGNIERTEN KROATISCHEN VERBRAUCHERSCHUTZKOMMISSARS *NEVEN MIMICA*

Am 04.06.2013 hat sich der designierte Verbraucherschutzkommissar *Neven Mimica* einer Anhörung im EP gestellt. Bei einer gemeinsamen dreistündigen Sitzung der Ausschüsse für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (IMCO) sowie für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI) hatten die Abgeordneten die Gelegenheit, dem Kandidaten konkrete Fragen zu seinen politischen Einstellungen, seinem zukünftigen Portfolio und zu den möglichen Schwerpunkten seiner zukünftigen Tätigkeit in der Kommission zu stellen.

Das EP-Plenum wird sich, soweit keine weitere Befragung für erforderlich gehalten wird, am 12.06.2013 in Straßburg mit der Nominierung befassen und eine Stellungnahme abgeben, so dass der Rat voraussichtlich am 28.06.2013 über die Ernennung entscheiden kann. Das Mandat von *Neven Mimica* wird nur von recht kurzer Dauer sein, da sich die Amtszeit einer Kommission auf fünf Jahre beschränkt und die nächsten Europawahlen für Ende Mai 2014 angesetzt sind. Das Amt des Kommissars für Verbraucherschutz war mit Blick auf den EU-Beitritt Kroatiens zum 01.07.2013 geschaffen worden, um der derzeit geltenden Regelung



mit einem Kommissar pro Mitgliedstaat Rechnung zu tragen. Der derzeitige Kommissar für Gesundheit und Verbraucherschutz *Tonio Borg* wird diesen Teil seiner Zuständigkeit zu diesem Datum damit an den neuen Kommissar abgeben.

Der designierte Kommissar *Neven Mimica* gilt als versierter Diplomat und Ökonom und war seit 2011 als stellvertretender kroatischer Premierminister zuständig für die Themen, Innen- und Außenpolitik sowie EU-Angelegenheiten. Er soll neben Englisch auch Französisch und Deutsch sprechen (s. hierzu Beitrag des StMJV in diesem EB).

STAATSMINISTERIUM FÜR UNTERRICHT UND KULTUS

LÄNDERSPEZIFISCHE EMPFEHLUNGEN 2013: NACHHOLBEDARF BEIM AUSBAU VON GANZTAGSSCHULEN UND BEIM BILDUNGSERFOLG BENACHTEILIGTER

Am 29.05.2013 hat die Kommission ihren Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zum nationalen Reformprogramm Deutschlands 2013 (sog. länderspezifische Empfehlungen) gemeinsam mit einer Arbeitsunterlage veröffentlicht. Erneut sieht die Kommission für Deutschland auch bildungsbezogene Empfehlungen vor, die eine hohe Kontinuität zu denjenigen der Vorjahre aufweisen. Demnach soll Deutschland

- den vorhandenen Spielraum nutzen, damit auf allen staatlichen Ebenen mehr und effizienter als bisher wachstumsfördernde Bildungs- und Forschungsausgaben getätigt werden,
- das Bildungsniveau benachteiligter Menschen anheben und
- die Verfügbarkeit der Ganztagskindertagesstätten und -schulen erhöhen.

Das Dokument ist Teil eines Gesamtpakets, das mit Empfehlungsvorschlägen der Kommission für alle Mitgliedstaaten und der übergreifenden Mitteilung „Europa aus der Krise führen“ den Abschluss des Europäischen Semesters 2013 einleitet. Die Kommissionsvorschläge werden Ende Juni 2013 dem Europäischen Rat zur Billigung vorgelegt. Sie bilden dann die Grundlage für das Nationale Semester, in dem die Umsetzung der Empfehlungen auf nationaler Ebene im Zentrum steht.

Vorschlag der Kommission für eine Empfehlung des Rates zum Nationalen Reformprogramm Deutschlands 2013 und Stellungnahme zum Stabilitätsprogramm Deutschlands für die Jahre 2012-2017 (sog. länderspezifische Empfehlungen):

http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/nd/csr2013_germany_de.pdf

Begleitunterlage der Kommissionsdienststellen zum nationalen Reformprogramm Deutschlands 2013:

http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/nd/swd2013_germany_de.pdf

Übergreifende Mitteilung „Europa aus der Krise führen“:

http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/nd/2013eccomm_de.pdf

Thematische Darstellungen der Entwicklungen in den Mitgliedstaaten in Kernbereichen der Europa-2020-



Strategie:

http://ec.europa.eu/europe2020/making-it-happen/key-areas/index_en.htm

KOMMISSION VERÖFFENTLICHT MACHBARKEITSSTUDIE ZUR LANGZEITMOBILITÄT VON LEHRKRÄFTEN AN SCHULEN

Ende Mai 2013 hat die Kommission eine Machbarkeitsstudie zur Langzeitmobilität von Lehrkräften an Schulen veröffentlicht. Demnach sind Langzeitmobilitäten grundsätzlich durchführbar und von hohem Wert für Einzelpersonen, Institutionen wie auch in Bezug auf die Unterstützung politischer Schlüsselziele. Ein Aktivwerden der EU in diesem Bereich sei angezeigt, da auf diese Weise eine höhere Wirksamkeit erzielt werden könne. Auf der Grundlage einer Analyse konkreter Anliegen der Zielgruppe sowie möglicher Hindernisse auf verschiedensten Ebenen gibt die Studie abschließend Empfehlungen zur Gestaltung und Implementierung einer länger angelegten Lernmobilität von Lehrkräften. Hierzu gehört die klare Empfehlung, ein ausreichend flexibel gestaltetes, dezentrales EU-Programm zur Förderung von Langzeitmobilitäten von Lehrkräften einzuführen. Dieses sollte einen institutionellen Ansatz verfolgen, um positive Wirkungen zu erhöhen und die Mobilitäten auch in administrativer und personeller Hinsicht besser aufzufangen. Die Maßnahmen sollten zudem auf Gegenseitigkeit beruhen und in längerfristige Schulpartnerschaften eingebettet sein. Als Dauer schlägt die Studie einen „Normwert“ von sechs Monaten vor, wobei eine Bandbreite zwischen sechs Wochen und einem Jahr anzustreben sei. Die Studie untermauert eine neue Fördermaßnahme im derzeit zwischen Rat, Kommission und Parlament diskutierten Kommissionsvorschlag für das künftige Bildungs-, Jugend- und Sportprogramm, das im Rahmen der Schlüsselaktion „Lernmobilität“ erstmals die Förderung von längeren Auslandsaufenthalten von Lehrkräften an Schulen vorsieht.

Link zur Studie (nur in englischer Sprache verfügbar)

http://ec.europa.eu/education/more-information/doc/staffmobility_en.pdf

STAATSMINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT, FORSCHUNG UND KUNST

WETTBEWERBSFÄHIGKEITSRAT AM 29./30.05.2013: WESENTLICHE ERGEBNISSE AUS SICHT DES STMWFK

Im Zentrum der Sitzung des Wettbewerbsfähigkeitsrats am 29./30.05.2013 stand die politische Verständigung auf die Haltung der Mitgliedstaaten in der Endphase der Verhandlungen mit dem EP über das künftige Forschungsrahmenprogramm „Horizont 2020“. Die Forschungsministerinnen und –minister führten darüber hinaus eine Orientierungsaussprache zur gemeinsamen Programmplanung und verabschiedeten Schlussfolgerungen zum Hochleistungsrechnen. Im Binnenmarkt-Teil des Rates wurde die EU-Beihilfereform auf den Weg gebracht. Die künftige litauische Präsidentschaft stellte knapp ihr Arbeitsprogramm vor, bei dem neben der weiteren Verwirklichung des Europäischen Forschungsraums der Abschluss der Verhandlungen zu



allen bis dahin noch offenen Dossiers im Zusammenhang mit dem Mehrjährigen Finanzrahmen im Vordergrund stehen wird.

Sachstandsbericht zu „Horizont 2020“ vor Ratsbefassung:

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/13/st09/st09534.de13.pdf>

Vorbereitendes Dokument zur gemeinsamen Planung:

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/13/st09/st09258.de13.pdf>

Schlussfolgerungen zum Hochleistungsrechnen (nur in englischer Sprache):

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/en/intm/137344.pdf

LÄNDERSPEZIFISCHE EMPFEHLUNGEN 2013: NACHHOLBEDARF BEI AUSGABENEFFIZIENZ UND LEBENSLANGEM LERNEN

Am 29.05.2013 hat die Kommission ihren Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zum nationalen Reformprogramm Deutschlands 2013 (sogenannte „länderspezifische Empfehlungen“) gemeinsam mit einer Arbeitsunterlage veröffentlicht. Erneut sieht die Kommission für Deutschland auch bildungsbezogene Empfehlungen vor. Demnach soll Deutschland

- den vorhandenen Spielraum nutzen, damit auf allen staatlichen Ebenen mehr und effizienter als bisher wachstumsfördernde Bildungs- und Forschungsausgaben getätigt werden, und
- das Bildungsniveau benachteiligter Menschen anheben.

Das Dokument ist Teil eines Gesamtpakets, das mit Empfehlungsvorschlägen der Kommission für alle Mitgliedstaaten den Abschluss des Europäischen Semesters 2013 einleitet. Die Kommissionsvorschläge werden Ende Juni 2013 dem Europäischen Rat zur Billigung vorgelegt. Sie bilden dann die Grundlage für das Nationale Semester, in dem die Umsetzung der Empfehlungen auf nationaler Ebene im Zentrum steht.

Entwurf der länderspezifischen Empfehlungen:

http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/nd/csr2013_germany_de.pdf

Begleitunterlagen der Kommission zum Nationalen Reformprogramm Deutschlands 2013:

http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/nd/swd2013_germany_de.pdf

VORSCHLAG FÜR NEUFASSUNG DER KULTURGÜTERRÜCKGABE-RICHTLINIE VORGELEGT

Die Kommission hat am 30.05.2013 eine Neufassung der Richtlinie 93/7/EWG des Rates vom 15.03.1993 über die Rückgabe von unrechtmäßig aus dem Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats verbrachten Kulturgütern vorgeschlagen. Durch die vom federführenden Industriekommissar *Antonio Tajani* vorgeschlagenen Änderungen soll die Frist für Rückgabeklagen verlängert und bei Entschädigungsklagen die Beweislast auf den Besitzer verlagert werden. Zudem wird der Informationsaustausch zwischen den nationalen Stellen über die Verbringungen kulturell bedeutsamer Gegenstände verbessert. Die Richtlinie sieht außerdem einen Systemwechsel vor: Geschützte Kulturgüter sollen nicht mehr in einem Anhang zur Richtlinie definiert werden.



Stattdessen sollen die Mitgliedstaaten künftig selbst festlegen, welche Kulturgüter sie als schutzwürdig einstufen.

Richtlinienentwurf:

<http://ec.europa.eu/enterprise/policies/single-market-goods/>

STAATSMINISTERIUM FÜR UMWELT UND GESUNDHEIT

SAUBERE LUFT FÜR ALLE – MOTTO DER GRÜNEN WOCHE 2013 IN BRÜSSEL

Am 04.07.2013 startete die „Grüne Woche“ („Green Week“) als größte jährliche europäische Umweltkonferenz mit dem Themenschwerpunkt Luftreinhaltung. Im Jahr der Luft 2013 diskutieren in diesem Rahmen rund 3.000 Teilnehmer bis zum 07.06.2013 die unterschiedlichsten Aspekte und Erwartungen an die laufenden Arbeiten zur Revision der thematischen Strategie zur Luftqualität, die Ende des Jahres vorgelegt werden soll (EB 22/12 und 03/13).

Website der Grünen Woche 2013:

<http://greenweek2013.eu>

UMWELT UND WIRTSCHAFT – KOMMISSION STARTET KONSULTATION ZU ABFALL- UND RECYCLINGZIELEN

Am 06.06.2013 hat die Generaldirektion Umwelt eine Konsultation zur Überarbeitung der Abfall- bzw. Recyclingziele im Zusammenhang mit der Überprüfung des EU-Abfallrechts veröffentlicht. Bis zum 10.09.2013 sind alle interessierten Kreise aufgerufen, ihre Vorstellungen und Beiträge für die Änderung bestehender bzw. die Einführung neuer Ziele einzubringen, damit diese bei der für 2014 vorgesehenen Revision der Abfallrahmen-Richtlinie, der Deponie-Richtlinie und der Richtlinie über Verpackungen und Verpackungsabfälle in geeigneter Weise integriert werden können.

Zur Konsultation:

http://ec.europa.eu/environment/consultations/waste_targets_en.htm

Website der Kommission zur Überarbeitung der Abfallziele:

www.wastetargetsreview.eu

ABENDVERANSTALTUNG ZUM THEMA ANTIBIOTIKARESISTENZ MIT STAATSMINISTER DR. MARCEL HUBER

Am 27.05.2013 hat Staatsminister *Dr. Marcel Huber* das Brüsseler Fachpublikum zu einem Parlamentarischen Abend zum Thema „Antibiotikaresistenz - eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung für Europa“ in die Bayerische Vertretung eingeladen. Der Minister stellte in diesem Rahmen u. a. das Bayerische Aktionsbündnis gegen Antibiotikaresistenz (BAKT) und die Landesarbeitsgemeinschaft



Multiresistente Erreger (LARE) vor. Zudem forderte *Dr. Huber* ein europäisches Vorgehen im Kampf gegen Antibiotikaresistenzen.

ANHÖRUNG DES DESIGNIERTEN KROATISCHEN VERBRAUCHERSCHUTZKOMMISSARS *NEVEN MIMICA*

Am 04.06.2013 hat sich der designierte Verbraucherschutzkommissar *Neven Mimica* einer Anhörung im EP gestellt. Bei einer gemeinsamen dreistündigen Sitzung der Ausschüsse für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (IMCO) sowie für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI) hatten die Abgeordneten die Gelegenheit, dem Kandidaten konkrete Fragen zu seinen politischen Einstellungen, seinem zukünftigen Portfolio und zu den möglichen Schwerpunkten seiner zukünftigen Tätigkeit in der Kommission zu stellen (s. hierzu auch den Bericht des StMJV in diesem EB).

NEUAUSRICHTUNG BEI KLINISCHEN PRÜFUNGEN MIT HUMANARZNEIMITTELN

Der Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI) des EP stimmte am 30.05.2013 dem Berichtsentwurf zur Verordnung zu klinischen Prüfungen mit Humanarzneimitteln (EB 14/12) einstimmig zu. Klinische Studien sollen mit der neuen Regelung effizienter und transparenter werden. Ferner soll die Forschung erleichtert und der Patientenschutz verbessert werden.

Pressemitteilung:

http://www.europarl.europa.eu/pdfs/news/expert/infopress/20130527IPR10525/20130527IPR10525_en.pdf

VERORDNUNG ÜBER DIE VERBRINGUNG VON HEIMTIEREN VERABSCHIEDET

Das Plenum des EP stimmte am 23.05.2013 den Änderungen der Verordnung über die Verbringung von Heimtieren zu anderen als Handelszwecken zu. Ferner wurde die Richtlinie hinsichtlich der tierseuchenrechtlichen Bedingungen für den Handel innerhalb der Union mit Hunden, Katzen und Frettchen und deren Einfuhr in die Union angenommen.

Legislative Entschließung des EP zur Verordnung:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2013-0220+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

Legislative Entschließung des EP zur Richtlinie:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2013-0221+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

KOMMISSION: STRENGERE REGELN FÜR DIE FLEISCHBESCHAU

Der Ständige Ausschuss für die Lebensmittelkette und Tiergesundheit (SCFCAH) stimmte am 22.05.2013 einem stärker risikobasierten Ansatz für die Fleischbeschau zu. Die neuen Regeln basieren auf einem von der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) erarbeiteten, wissenschaftlichen Gutachten zur Modernisierung der Fleischbeschau in der EU. Bei der Kontrolle von Schweinefleisch sollen zukünftig



insbesondere gesundheitsgefährdende Mikroorganismen wie Salmonellen und Trichinen erfasst werden. Für die Kontrollen sind die nationalen Behörden zuständig.

Pressemitteilung (in englischer Sprache):

<http://europa.eu/rapid/midday-express-23-05-2013.htm>

Informationen zur Rolle der EFSA bei der Fleischschau:

<http://www.efsa.europa.eu/de/topics/topic/meatinspection.htm?wtrl=01>

Gutachten der EFSA:

<http://www.efsa.europa.eu/de/efsajournal/pub/2351.htm>

IUK- UND MEDIENPOLITIK

EU-KOMMISSION: PLÄNE ZUR ABSCHAFFUNG DER ROAMING-GEBÜHREN

Vor dem Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz hat die Vizepräsidentin der Kommission, *Neelie Kroes* (Digitale Agenda), am 30.05.2013 im Rahmen ihrer Pläne zur Schaffung eines digitalen Binnenmarktes auch einen Vorschlag zur Abschaffung von Roaming-Gebühren unterbreitet. Dabei forderte sie die Parlamentarier dazu auf, sie in ihren Bemühungen um einen europäischen digitalen Binnenmarkt zu unterstützen.

Rede von *Neelie Kroes*:

http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-13-484_en.htm

KOMMISSIONSVIZEPRÄSIDENTIN KROES STELLT DEM EP GRUNDELEMENTE IHRER STRATEGIE ZUM OFFENEN INTERNET UND ZUR NETZNEUTRALITÄT VOR

Kommissionsvizepräsidentin *Neelie Kroes* (Digitale Agenda) hat in einer Rede vor dem EP am 04.06.2013 in Brüssel Grundzüge ihrer geplanten Binnenmarktstrategie zum offenen Internet und zur Netzneutralität vorgestellt (EB 01/2013; 15/2012). *Kroes* möchte „neue Rechte für jeden EU-Bürger, um das offene Internet für jeden Europäer zu sichern.“ Dies geschehe in dem Wissen, dass die Unternehmen die Möglichkeiten zur Innovation und Investition benötigen.

Rede von Kommissionsvizepräsidentin *Kroes* im Wortlaut in englischer Sprache (Open Internet):

http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-13-498_en.htm

Rede von Kommissionsvizepräsidentin *Kroes* am 04.06.2013 in Brüssel bezüglich des digitalen Binnenmarktes vor Führungskräften in der IT-Branche in englischer Sprache:

http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-13-499_en.htm



EP: INITIATIVBERICHT VON PETRA KAMMEREVERT ZU CONNECTED TV ANGENOMMEN

Am 28.05.2013 hat der Kultur- und Bildungsausschuss des EP den Initiativbericht zum Thema Connected TV (EB 09/2013) der S&D-Europaabgeordneten *Petra Kammerevert* (DEU) mit großer Mehrheit (24 dafür, vier dagegen, eine Enthaltung) angenommen. Nach eigenen Aussagen soll der Bericht dazu anregen, die derzeitige Medienregulierung in der EU an die technischen Innovationen anzupassen. „Der EU-Rahmen muss hier rechtzeitig für die Zukunft tragfähige Konzepte anbieten“, erklärt *Petra Kammerevert* und fordert die Europäische Kommission zum Handeln auf.

Initiativbericht von *Petra Kammerevert* zu Hybridfernsehen:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-%2f%2fEP%2f%2fNONSGML%2bCOMPARL%2bPE-504.075%2b01%2bDOC%2bPDF%2bV0%2f%2fEN>

Weitere Informationen:

<http://www.europarl.europa.eu/committees/en/cult/draft-reports.html?linkedDocument=true&ufolderComCode=CULT&ufolderLegId=7&ufolderId=11253&urefProcYear=&urefProcNum=&urefProcCode=#menuzone>

EP FORDERT BESSERE UMSETZUNG DER AVMD-RICHTLINIE

Am 22.05.2013 hat das EP-Plenum mit 593 Stimmen eine Entschließung zur besseren Anwendung der Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste angenommen (EB 10/2012). Darin wird insbesondere auf Werbung, Jugendschutz und die Förderung europäischer audiovisueller Werke näher eingegangen. Lediglich die ALDE-Gruppe stimmte gegen den Bericht, der ihr für die durch die technologischen Veränderungen hervorgerufenen Herausforderungen nicht innovativ und zukunftsorientiert genug war.

Entschließung des EP vom 22.05.2013 zur Anwendung der Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste (2012/2132(INI)):

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2013-0215+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

EP: BINNENMARKTAUSSCHUSS STÄRKT EUROPÄISCHE CLOUD-COMPUTING-STRATEGIE

Am 30.05.2013 hat der Binnenmarktausschuss des EP mit großer Mehrheit eine Stellungnahme zur Cloud-Computing-Strategie der EU Kommission angenommen (EB 17/2012). Ein verstärkter Einsatz des Cloud-Computing würde nach Prognosen der Kommission bis 2020 rund 2,5 Mio. Arbeitsplätze schaffen und in der EU einer Erhöhung des BIP von ca. 160 Mrd. € bewirken. Hierzu erklärte die für die Stellungnahme verantwortliche deutsche EVP-Abgeordnete *Sabine Verheyen*: „Insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen können von Cloud-Dienstleistungen profitieren, da sie ortunabhängig auf Cloud-Lösungen zugreifen und somit zur Entstehung von Arbeitsplätzen und Einkommen beitragen können“.

Pressemitteilung der EVP-Abgeordneten *Sabine Verheyen*:

http://www.sabine-verheyen.de/data/media/downloads/PM-Cloud-Computing-30-05-2013-1_1369917057.pdf



UNTERNEHMENSCHefs BERICHTEN KOMMISSARIN KROES ÜBER ANSTRENGUNGEN ZUR SCHAFFUNG EINES BESSEREN INTERNETS FÜR KINDER

Die Vorsitzenden der 31 Technologie- und Medienunternehmen, die sich auf Initiative der KOM Ende 2011 zu einem Bündnis für mehr Sicherheit von Kindern im Internet zusammengeschlossen hatten (EB 21/11), präsentierten am 05.06.2013 Kommissionsvizepräsidentin Kroes (Digitale Agenda) die Themenbereiche, in denen Fortschritte erzielt werden konnten.

Pressemitteilung der KOM zum Treffen der Unternehmenschefs in englischer Sprache:

http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-13-504_en.htm?locale=en

Internetseite der Kommission zum Bündnis für mehr Sicherheit von Kindern im Internet in englischer Sprache:

<http://ec.europa.eu/digital-agenda/en/self-regulation-better-internet-kids>

OSZE VERÖFFENTLICHT LEITLINIEN FÜR SOZIALE MEDIEN

Die OSZE-Beauftragte für Medienfreiheit, *Dunja Mijatović*, hat Leitlinien für soziale Medien („2013 Social Media Guidebook“) zusammengestellt, um Meinungs- und Medienfreiheit im Internet zu schützen und zu fördern sowie alle Stakeholder in den OSZE-Mitgliedstaaten bei der Durchsetzung ihrer Rechte zu unterstützen. Themenschwerpunkte der Leitlinien sind soziale Medien und Meinungsfreiheit, soziale Medien und Journalismus, professionelle Medien und Web 2.0, nutzergenerierte Inhalte und Online-Kommentare sowie Multi-Stakeholder-Ansätze und unternehmerische Verantwortung.

„2013 Social Media Guidebook“ der OSZE-Beauftragten für die Freiheit der Medien – 2013 Leitlinien für soziale Medien (S. 141 - 147):

<http://www.osce.org/fom/99563>

EUROPÄISCHEN AUDIOVISUELLEN INFORMATIONENSTELLE VERÖFFENTLICHT DATEN ZU BESTAND UND WACHSTUM VON FERNSEHKANÄLEN FÜR KINDER IN EUROPA

Die Europäische Audiovisuelle Informationsstelle, eine Einrichtung des Europarats, hat am 03.06.2013 ihre aktuellen Daten zum Kinderfernsehen veröffentlicht. Aus diesen geht hervor, dass es innerhalb der EU 280 sich ausdrücklich an Kinder richtende Fernsehkanäle gibt. Schließt man die Nicht-EU-Mitgliedstaaten des Kontinents mit ein, existieren 320 Kinderkanäle, von denen 21 öffentlich-rechtlich sind.

Pressemitteilung der Audiovisuellen Informationsstelle:

http://www.obs.coe.int/about/oea/pr/mavise_2013juin.html

Datenbank MAVISE der Audiovisuellen Kommunikationsstelle mit den aktuellen Datensätzen:

http://mavise.obs.coe.int/channel?event=listing&query_clauses={%22genre_id%22:%223%22}